



Sparda-Bank Hamburg eG
Geschäftsbericht 2019



Das Vorstandsteam der Sparda-Bank Hamburg eG (v.l.): Tino Wildmann, Vorsitzender Oliver Pöpplau, stellvertretender Vorsitzender Stephan Liesegang

Gemeinschaft stärken: Wir gehen unseren erfolgreichen Weg weiter

In diesen aufgeregten und herausfordernden Zeiten ist eines besonders wichtig: Seine Wurzeln nicht zu vergessen! Diese reichen für unsere Genossenschaftsbank bis ins Jahr 1903 zurück, mit dem noch immer gültigen Ziel, Chancengleichheit im wirtschaftlichen Leben und Wohlstand für alle unsere Mitglieder zu verwirklichen.

Fairness, Einfachheit, Sympathie und Gemeinschaft – so lauten die Werte unserer Sparda-Bank. Sie bilden das solide Fundament für unser tägliches Handeln und spiegeln unser Selbstverständnis als Genossenschaftsbank wider. Diesen Weg werden wir zukünftig weiter erfolgreich gehen – und gemeinsam mit unseren leistungsstarken Kooperationspartnern erstklassige Finanzdienstleistungen für alle Lebenslagen unserer Mitglieder erbringen und als Genossenschaftsbank den Zusammenhalt in unserer Region stärken.

Was das konkret bedeutet, zeigt ein Blick in die Geschäftszahlen 2019. Im Rahmen unserer ganzheitlichen Finanzierungsberatung konnten wir unseren Mitgliedern für die Erfüllung ihrer Wohnträume neben der klassischen Baufinanzierung zusätzlich knapp 20 Millionen Euro an günstigen Fördergeldern vermitteln. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Beratung in unseren Filialen durch hochmotivierte und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist. Dafür verdienen sie unsere Hochachtung und ein großes Dankeschön!

Gut aufgestellt sind wir zudem für die Herausforderungen der Digitalisierung. Wir bieten unseren Mitgliedern schon heute und auch morgen vom Online-Banking bis hin zum Anlage-Assistenten praktische digitale Lösungen. Zusammen mit der persönlichen Beratung vor Ort ist das der optimale Mix für eine gemeinsame erfolgreiche Zukunft.

Oliver Pöpplau

Stephan Liesegang

Tino Wildmann

Geschäftsbericht

Inhalt

Rechnungslegung 2019

Lagebericht 2019	4
Bericht des Aufsichtsrates	11
Jahresabschluss 2019	12
Vorschlag für die Ergebnisverwendung	21
Bestätigungsvermerk	25

Lagebericht

Nach vielen Jahren des Aufschwungs verminderten sich 2019 die konjunkturellen Auftriebskräfte in Deutschland merklich. Die Auslastung der Produktionsfaktoren ging erheblich zurück. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Vorjahresvergleich lediglich um 0,6%, nachdem es 2018 noch um 1,5% zugenommen hatte. In den Jahren 2017 und 2016 war das Bruttoinlandsprodukt sogar um 2,5% beziehungsweise 2,2% expandiert. Die Gründe für das Schwinden der konjunkturellen Auftriebskräfte sind vor allem im globalen Umfeld zu sehen. Die schwächere Weltwirtschaft, die eskalierenden Handelskonflikte, die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und die Unsicherheiten rund um den EU-Austritt Großbritanniens belasteten die Geschäfte der außenhandelsorientierten Wirtschaftsbereiche spürbar.

Am Arbeitsmarkt verlor das Beschäftigungswachstum an Schwung. Die Zahl der Menschen, die im Inland erwerbstätig sind, stieg im Jahresdurchschnitt 2019 um rund 400.000 auf etwa 45,3 Millionen, nachdem sie 2018 noch fast um 610.000 zugelegt hatte. Der Zuwachs beruhte abermals alleine auf einer Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der Selbständigen sowie der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten ging weiter zurück. Bei der Arbeitslosigkeit setzte sich der Abwärtstrend abgeflacht fort. Die Arbeitslosenzahl sank um rund 70.000 auf knapp 2,3 Millionen Menschen. Bei der Arbeitslosenquote war ein Rückgang um 0,2 Prozentpunkte auf 5,0% zu verzeichnen. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb 2019 moderat. Die monatliche Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, stieg lediglich im April vorübergehend über die Marke von 2%. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 1,4% und damit etwas niedriger als 2018 (+1,8%).

Die europäische Geldpolitik schwenkte aufgrund der Abschwächung der Konjunktur in 2019 auf einen deutlich expansiveren Kurs ein. Der geldpolitische Kurswechsel der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde im März von ihrem Präsidenten Mario Draghi eingeläutet, der ein neues Programm zur Förderung der Kreditvergabe der Banken (TLTRO) für September 2019 ankündigte. Die frühzeitig angekündigte Maßnahme wurde dann noch durch eine Senkung des Einlagezinssatzes, den Banken auf überschüssige Gelder bei der EZB entrichten müssen, von -0,4% auf -0,5% ergänzt. Die dadurch steigenden finanziellen Belastungen der Banken wurden durch die Einführung von Freibeträgen (Tiering) vermindert. Zudem wurde ein erneuter Start von Anleihekäufen

im Volumen von 20 Milliarden Euro monatlich ab November 2019 beschlossen. Im November 2019 kam es auch zum Amtswechsel an der Spitze der EZB. Die neue Präsidentin, Christine Lagarde, ließ keine Bereitschaft zu einem Wechsel des geldpolitischen Kurses erkennen. Für den Beginn ihrer Amtszeit kündigte sie eine Überarbeitung der geldpolitischen Strategie der EZB an.

Der deutsche Leitindex DAX startete nach einem sehr schwachen Abschlussquartal in 2018 von einem niedrigen Niveau in Höhe von 10.559,0 Punkten aus in das Jahr 2019. Im Jahresverlauf gewann der Index aber wieder deutlich auf über 12.600 Punkte im Juli, bevor im August noch mal ein deutlicher Rückschlag um über 1.000 Punkte zu verzeichnen war. Erst die umfassende Lockerung der Geldpolitik der EZB, ergänzt um weitere Zinssenkungen der US-Notenbank im Herbst, sorgte wieder für neue Zuversicht am Aktienmarkt. Zum Jahresende siegten vollends die positiven Signale. Zum Jahresabschluss 2019 notierte der DAX bei 13.249,0 Punkten und somit 25% über dem Niveau zum Jahresstart.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme gestiegen

Die Bilanzsumme stieg um 5,8% bzw. 222,6 Mio. EUR (Vorjahr: 0,8% bzw. 32,2 Mio. EUR) auf 4.041,7 Mio. EUR.

Sparverhalten der Kunden weiter gestiegen

Trotz anhaltender Niedrigzinsphase haben die Mitglieder auch in 2019 ihr Sparverhalten erhöht. Es entstand ein Plus von 5,7% bzw. 201,1 Mio. EUR auf 3.718,3 Mio. EUR (Vorjahr: 6,9% bzw. 226,1 Mio. EUR).

Wachstum der kurzfristigen Einlagen

Die täglich fälligen Einlagen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7,9% bzw. 203,4 Mio. EUR auf 2.784,0 Mio. EUR. Die Wachstumstreiber waren die unverzinslichen Sichteinlagen sowie SpardaCash.

Spareinlagen leicht gesunken

Die Spareinlagen sind 2019 leicht um insgesamt 0,5 Mio. EUR gesunken. Speziell die Anlagen in SpardaDynamic mit 5 Jahren

Laufzeit waren rückläufig. Deutliche Zuwächse gab es beim klassischen Spardbuch SpardaPlus, das um 56,8 Mio. EUR bzw. 8,4 % auf 734,7 Mio. EUR stieg.

Kundenkreditgeschäft erneut ausgebaut

Die Kreditbestände (inkl. Eventualverbindlichkeiten) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 % bzw. 103,5 Mio. EUR auf 2.146,0 Mio. EUR (Vorjahr: 7,6 % oder 145,1 Mio. EUR). Die Neubewilligungen im Baufinanzierungsgeschäft erreichten ein Volumen von 416,1 Mio. EUR (Vorjahr: 480,0 Mio. EUR).

Nur leichte Veränderungen in den Kreditstrukturen

Der Anteil der Kundenforderungen am Geschäftsvolumen zum Bilanzstichtag reduzierte sich leicht auf 53,0 % (Vorjahr: 53,4 %). Die Strukturanteile der Kreditarten am Gesamtkreditvolumen zeigen eine planmäßige Steigerung bei den Baukrediten, während die Persönlichen Kredite leicht zurückgingen:

Kreditart:	31.12.2019	31.12.2018
Dispositionskredite	1,4 %	1,4 %
Persönliche Kredite	7,8 %	8,7 %
Baukredite und Sonstige	90,7 %	89,7 %
Rückgriffsforderungen	0,2 %	0,2 %

Günstige Fördermittel für Mitglieder

Im Rahmen einer ganzheitlichen Beratung der Mitglieder im Immobilien-Finanzierungsgeschäft wurden 2019 10,4 Mio. EUR Fördermittel von der Investitions- und Förderbank Hamburg und 9,1 Mio. EUR von der Investitions- und Förderbank Schleswig-Holstein sowie 23,0 Mio. EUR im Rahmen der Rieserförderung an die Bausparkasse Schwäbisch Hall vermittelt.

Private Kredite leicht gesunken

Die Kontokorrentkredite erhöhten sich leicht um 0,6 % bzw. 0,2 Mio. EUR auf 29,1 Mio. EUR. Die Bestände der Privaten Kredite konnten trotz des guten Neugeschäfts aus den Sommer- und Winterkreditwochen nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Sie reduzierten sich um 6,3 % bzw. 11,2 Mio. EUR auf 167,1 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich erhöht

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich deutlich um 10,9 % oder 2,9 Mio. EUR auf 29,6 Mio. EUR.

Eigenanlagen leicht erhöht

Die Eigenanlagen erhöhten sich 2019, da der Zuwachs der Kundeneinlagen nicht vollständig im Kreditgeschäft platziert werden konnte. Die Summe aus Barreserven, Bankguthaben und Wertpapieranlagen erhöhte sich um 7,0 % oder 122,8 Mio. EUR auf 1.866,4 Mio. EUR. Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme betrug am Jahresende 38,2 % (Vorjahr: 42,2 %) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen.

Die Wertpapier-Kategorien entwickelten sich wie folgt:

Wertpapierkategorie	31.12.2019 Mio. EUR	31.12.2018 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen	403,1	517,1
UIN Fonds NR. 741 (Renten)	648,7	648,7
UIN Fonds NR. 941	353,7	351,7
Publikumsfonds AV	89,5	29,0
Publikumsfonds UV	47,1	63,4
Gesamt	1.542,1	1.609,9

Derivategeschäfte

Im Geschäftsjahr 2019 wurden keine derivativen Geschäfte mit Kunden getätigt.

Kundenwertpapiergeschäft

Wertpapierumsätze über GENO Broker

Das Kundenwertpapiergeschäft (ohne bankeigene Wertpapiere) wurde auf die GENO Broker GmbH umgestellt und besteht somit nicht mehr.

Fondsbestände der Kunden stark gestiegen

Der Nettozufluss belief sich auf 49,8 Mio. EUR (Vorjahr: 33,0 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der Kurswertänderungen stieg der Fondsbestand auf Anlagekonten der Union Investment 2019 um 138,7 Mio. EUR auf 783,6 Mio. EUR.

Vermitteltes Versicherungsvolumen leicht reduziert

Im Jahr 2019 betrug das Vermittlungsvolumen 56,6 Mio. EUR (Vorjahr: 58,2 Mio. EUR). Damit wurde das Vorjahresergebnis knapp verfehlt. Bei einer Vermittlung von 2.786 Versicherungsverträgen (Vorjahr: 3.082) an die DEVK reduzierte sich die Anzahl der Versicherungen ebenfalls leicht. Daneben wurden für die Mitglieder im Bereich der Sachversicherungen weitere 4.987 Verträge (Vorjahr: 4.710 Verträge) abgeschlossen.

Abgeschlossenes Bausparvolumen gesunken

Der Vertrieb von Bausparverträgen der Bausparkasse Schwäbisch Hall konnte auch durch den Zugang einiger Mitarbeiter der Bausparkasse wieder gesteigert werden. Das vermittelte Volumen stieg um 6,4 % auf 119,1 Mio. EUR (Vorjahr: -12,1 % auf 111,9 Mio. EUR).

Mitgliederbestand leicht gefallen

Der Mitgliederbestand reduzierte sich um netto 4.637 oder 2,0 % (Vorjahr: -2,0 %) auf 225.930. Den 4.489 Beitritten standen 9.126 Abgänge gegenüber. Die Mitglieder hielten am Jahresende 1.438.105 Anteile (Vorjahr: 1.321.075).

Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter ist mit 232,8 Vollzeit- und 145,5 Teilzeitkräften sowie 17,5 Auszubildenden im Jahr 2019 leicht gesunken. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt bei 42,8 Jahren, wobei 60 % der Belegschaft weiblich und 40 % männlich sind. Neben der Ausbildung junger Menschen bieten wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfassendes Schulungsangebot an und schaffen somit die Voraussetzung, dass sie sich das notwendige Wissen für die tägliche Arbeit aneignen und erhalten können. Dazu gehören neben Workshops und Schulungen zu diversen Themen auch Fachseminare. Insgesamt wurden mit 1.756 Seminarteilnehmertagen auf weiterhin hohem Niveau Weiterbildungsveranstaltungen besucht. Statistisch besuchte ein Mitarbeiter 4,6 Schulungstage im Jahr 2019. Für Schulungsmaßnahmen wurde ein Betrag von 375 TEUR eingesetzt. Im Rahmen unseres Führungskräfte-Entwicklungsprogramms „Führung in Progress“ absolvierten alle Führungskräfte im Jahr 2019 mehrere Module, um ihre Führungsfähigkeiten zu trainieren und

sich weiterzuentwickeln. Ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in einem speziellen Qualifizierungsprogramm zum Serviceberater systematisch vorbereitet und weitergebildet. Auch im Rahmen der Umsetzung der IDD (Versicherungsvertriebsrichtlinien) wurde in umfangreiche Weiterbildungszeiten investiert.

Darstellung der Lage

Bilanzielles Eigenkapital weiter gestiegen

Im Jahr 2019 konnte das Eigenkapital der Sparda-Bank Hamburg eG weiter gesteigert werden. Die Geschäftsguthaben der Genossenschaft nahmen deutlich um 9,1 % oder 6,4 Mio. EUR auf 77,3 Mio. EUR zu. Die Rücklagen konnten durch Zuführung aus dem Bilanzgewinn um 2,4 % oder 3,1 Mio. EUR auf 135,6 Mio. EUR ausgebaut werden. Das bilanzielle Eigenkapital (einschließlich Bilanzgewinn 2019) erhöhte sich um 4,6 % oder 9,4 Mio. EUR auf 216,8 Mio. EUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote am Jahresende (Vorjahr: 5,4 %) war mit 5,4 % unverändert.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Jahr 2019 erfüllt. Zum 31.12.2019 lag der Wert der haftenden Eigenmittel bei 17,2 %.

Sicherungseinrichtung

Die Sparda-Bank Hamburg eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2019 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 5,0 Mio. EUR verbunden.

Zahlungsbereitschaft der Bank war jederzeit gegeben

Den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Kreditinstitute gestellten Anforderungen an die Liquidität wurde stets entsprochen.

Wechsel des Rechenzentrums

Die notwendigen Projekte und Schulungen zum geplanten Rechenzentrumswechsel im November 2020 sind planmäßig angelaufen.

Bilanzgewinn leicht gesunken

Ertragslage im Überblick	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Zinsüberschuss	49.801	48.295	1.506
Provisionsüberschuss	18.765	17.461	1.304
Personalaufwand	27.557	28.124	-567
Andere Verwaltungs- aufwendungen	30.272	30.811	-539
Sonstige GuV-Positionen	5.769	1.182	4.587
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	16.506	8.003	8.503
ao Ergebnis	2.165	0	2.165
Steuern	5.431	3.867	1.564
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	4.900	0	4.900
Bilanzgewinn	4.010	4.136	-126

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge erhöhte sich in 2019 leicht um 1,5 Mio. EUR auf 49,8 Mio. EUR. Dabei überkompensierten günstigere Refinanzierungskosten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank und Ausschüttungen aus Investmentfonds die geringere Marge zwischen Passiv- und Aktivprodukten. Der Provisionsüberschuss stieg um 1,3 Mio. EUR auf 18,8 Mio. EUR. Verbesserte Vermittlungsprovisionen, insbesondere aus der Vermittlung von Investmentanteilen, waren hierbei ein wesentlicher Faktor. Der Personalaufwand reduzierte sich insbesondere aufgrund geringerer Personalbestände um 0,6 Mio. EUR, die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen um 0,5 Mio. EUR. Erhöhte Aufwendungen für die Datenverarbeitung konnten dabei durch einen Rückgang in anderen Kostenarten, insbesondere bei Beratungs- sowie Raumkosten, aufgefangen werden. Das außerordentliche Ergebnis betrifft Aufwand im Zuge des Rechenzentrumswechsels zur Fiducia & GAD IT AG in Höhe von 2,2 Mio. EUR. Der Bilanzgewinn reduzierte sich leicht auf 4,0 Mio. EUR.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Angesichts des Niedrigzinsumfeldes ist die Ertragslage befriedigend. Die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagement-Ziele und Methoden der Bank

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung der Sparda-Bank Hamburg eG ist es, die aus ihrem allgemeinen Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken bewusst und kontrolliert unter Beachtung der Renditeziele einzugehen. Damit wird dem strategischen Geschäftsziel Rechnung getragen, das eine langfristige Absicherung der Bank vorsieht. Dem Risikomanagement, also der Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung bestehender Risiken, kommt daher eine elementare Bedeutung zu. Die vom Gesamtvorstand in Kraft gesetzte Risikostrategie basiert auf den risikopolitischen Grundsätzen, die die Gesamtheit der zentralen Verhaltensregeln für den Umgang mit Risiken innerhalb der Sparda-Bank Hamburg eG darstellen. Sie bilden die Grundlage für ein unternehmensweit möglichst einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement. Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit der Sparda-Bank nicht übersteigen. Das Risikomanagement orientiert sich am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestandes („Going-Concern“). Die Risikopolitik im Kundenkreditgeschäft ist in der Kreditrisikostrategie dokumentiert. Die Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG erfolgt unter Berücksichtigung der drei Dimensionen: ertragsorientierter Steuerungskreis, barwertiger Steuerungskreis und aufsichtsrechtlicher Steuerungskreis. Ziel ist die primäre Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG nach ertragsorientierten Größen, unterstützt durch die barwertige Risikotragfähigkeit. Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit stellt eine Nebenbedingung dar, die streng einzuhalten ist. Die Sparda-Bank Hamburg eG stellt sicher, dass die wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt ist. Das implementierte Limitsystem ist gesondert im Risikohandbuch beschrieben. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neuen Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstigen sich verändernden Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie können sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken zeigen, aber auch in Form von Liquiditäts-, operationellen und sonstigen Risiken.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken beinhalten im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls einer Person oder Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Sie umfassen sowohl klassische Ausfallrisiken als auch Migrationsrisiken und Credit-Spread-Risiken. Migrationsrisiken können entstehen, wenn sich die Bonitäten von Emittenten verschlechtern und der Marktwert von Anleihen sinkt. Credit-Spread-Risiken beinhalten die Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund von Schwankungen des Zinsaufschlags für bestimmte Bonitätsklassen im Zeitverlauf.

Die Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen werden vom Emittentenrisiko dominiert. Zur Begrenzung von Emittentenrisiken sind Ratingvorgaben festgelegt. Dabei werden die externen Ratings von Standard & Poor's (S&P) und Moody's Investor Service zugrunde gelegt. Für das Direktgeschäft gilt bei Erwerb ein Mindestrating von Baa3/BBB- (Moody's/S&P). Die teilweise negativen Effektivverzinsungen an den Kapitalmärkten erschweren es den Banken immer mehr, kostendeckende Renditen zu erwirtschaften. Die sehr hohe Marktliquidität infolge des Wertpapierankaufprogramms der EZB führte aber dazu, dass aufgrund der daraus resultierenden hohen Nachfrage eingegangene Adressrisiken nicht mehr mit angemessenen Renditen vergütet werden.

Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts liegt im Privatkundengeschäft. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Baufinanzierungsgeschäft mit Wohnungsgenossenschaften fortgesetzt. Große Teile des Kundenkreditvolumens sind grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Über ein indikatorenbasiertes Frühwarnsystem können Kreditrisiken frühzeitig erkannt und separiert behandelt werden. Aufsichtsrechtlich werden Ausfallrisiken durch die Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR (EU-Verordnung) begrenzt, die von der Bank stets eingehalten werden.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln aufgrund von Änderungen der Marktlage zuungunsten des Inhabers entwickeln. Marktpreisrisiken schließen insbesondere Zinsrisiken, Abschreibungsrisiken, Aktienkursrisiken und Immobilienpreis-

risiken ein. Bedingt durch die Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Marktpreisrisiken überwiegend auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Marktpreisrisiken werden von der Sparda-Bank Hamburg eG in bedeutsamem Umfang eingegangen. Sie umfassen potenzielle Verluste, die sich aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen ergeben können. Dies ist vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer Kreditrisiken im Kundengeschäft vertretbar. Zinsänderungsrisiken berechnet die Bank mit Hilfe von Zinsüberschuss-Simulationsrechnungen aufgrund verschiedener Zinsprognosen. Das Marktpreisrisiko als Gesamtheit von Zinsänderungs- und Kursänderungsrisiko wird darüber hinaus auch barwertig auf der Grundlage der modernen historischen Simulation dargestellt. Dem Risiko ist ein festes absolutes Risikobudget zugewiesen, welches regelmäßig überwacht wird. Im Rahmen des ertragsorientierten (GuV-Sicht) und barwertigen Limitsystems zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden für die Unterarten des Marktpreisrisikos Risikolimits definiert, die auf Ebene des Marktpreisrisikos in einem Einzellimit aggregiert werden. Die Auslastung der Risikolimits wird regelmäßig überwacht. Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a KWG wird nicht geführt. Zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos werden Derivate in Form von Swaps (nominell 169,0 Mio. EUR) mit einem beizulegenden Wert von -11.773 TEUR eingesetzt.

Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank Hamburg eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Durch die Finanzmarktkrise ist der Aspekt der Liquiditätssicherstellung in den Vordergrund gerückt. Daneben sind höhere Refinanzierungskosten ein Aspekt dieses Risikos, die durch die Überbrückung von Liquiditätsengpässen anfallen können. Das Liquiditätsrisiko nimmt bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein, da die Bank dem Liquiditätsverbund der DZ Bank AG angehört und somit gewöhnlich ein jederzeitiger Ausgleich von möglichen Liquiditätsengpässen über die DZ Bank AG erfolgen kann. Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute werden deutlich erfüllt, sodass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken erkennen lassen.

Operationelle Risiken

Unter den operationellen Risiken wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Operationelle Risiken sind z. B. Betriebsrisiken, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs-, Diebstahl- und Datenverarbeitungsrisiken. Als Basis für die Messung operationeller Risiken und permanente Bewertung wird eine Schadenbank geführt. Ergänzt durch regelmäßige Risikomeetings mit den Risikoverantwortlichen werden die einzelnen Risiken auf angemessene Bewertung und Behandlung geprüft und Maßnahmen zur Reduktion initiiert. Darüber hinaus trägt das innerbetriebliche Überwachungssystem (z. B. arbeitsbegleitende Kontrollen, interne Revisionen und Dienstweisungen für Mitarbeiter) dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale, wie z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, werden durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert. Das Beschwerde- und Qualitätsmanagement ist zentral organisiert. Bei Schäden oder Erstattungsansprüchen aus fehlerhafter Bearbeitung erfolgt eine Analyse hinsichtlich etwaiger organisatorischer und/oder personeller Schwachstellen. Soweit erforderlich, werden entsprechende Maßnahmen darauf aufbauend eingeleitet. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnet die Bank auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, insbesondere soweit es den EDV- und Rechtsberatungsbereich betrifft.

Nach dem Bilanzstichtag hat der von China ausgehende Ausbruch und die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 inzwischen zu weltweiten Auswirkungen geführt. Dazu zählen auch wirtschaftliche Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitgeber in der Region. Die Auswirkungen sind derzeit noch nicht abschätzbar. Aktuell beobachten und analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch das Coronavirus. Möglichen operationellen Risiken, insbesondere durch Ausfall wesentlicher Teile des alltäglichen Bankgeschäftes aufgrund Quarantäne mehrerer und/oder leitender Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, begegnen wir durch kurzfristige Bereitstellung von mobilen Arbeitsplätzen. Die weitere Entwicklung ist aktuell noch ungewiss und muss intensiv beobachtet werden.

Sonstige Risiken

Unter den sonstigen Risiken werden das Beteiligungsrisiko, das Vertriebsrisiko, das Kostenrisiko und das strategische Risiko zusammengefasst. Das Beteiligungsrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass von der Bank eingegangene Beteiligungen aufgrund von z. B. Dividendenausfall, Abschreibungen, Ergebnisminderungen etc. zu Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital führen können. Das Vertriebsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. Das Kostenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Personal- und Sachkosten die geplanten Werte überschreiten. Das strategische Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bank. Alle sonstigen Risiken nehmen bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein. Vertriebsrisiken, Kostenrisiken, strategische Risiken sind als unwesentliche Risiken eingestuft. Ebenso Währungsrisiken, Optionsrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken und Modellrisiken.

Risikobewertung

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Risikoquantifizierungsinstrumentarium eine zeitnahe und detaillierte Risikotransparenz. Die Limitierung dieser ermittelten Risiken stellt eine Weiterführung des Geschäftsbetriebs („Going-Concern“) für den Fall des maximal eintretenden Risikos sicher.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Sicherstellung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit hat gegenüber weiteren strategischen Zielen die oberste Priorität. Eine permanente Produktivitätssteigerung, hohe Mitgliederzufriedenheit und eine hohe Mitarbeiteridentifikation und -qualität vervollständigen das strategische Zielsystem.

Die Bank hat sich auch für die kommenden drei Jahre wiederum wichtige, strategische Ziele gesetzt. Unter anderem soll das Kreditgeschäft netto um 6% p.a. wachsen, wobei der Verwaltungsaufwand im Verhältnis zur Bilanzsumme weiter zu reduzieren ist. Zur Erreichung der Ziele sind differenzierte

Maßnahmen definiert worden, u.a. Fortsetzung des operativen Kostenmanagements und Optimierung der Filial- und Vertriebsstrukturen.

Über abgestimmte Maklerpräsenz und besondere „Immobilien-Tage“ in den Filialen findet eine aktive Einbindung und die Nutzung der Leistungen (Maklerverträge, Erstellung von Gutachten) der Sparda Immobilien GmbH statt und schafft zusätzlichen Mehrwert für interessierte Kunden und Mitglieder und stärkt die Wirtschaftlichkeit der Bank.

Dienstleistungen (zum Beispiel Fonds, Bauspargeschäft, Aktivgeschäft) erfolgen dabei über alle zur Verfügung stehenden Kanäle (Filialen, Printmedien, online, Homepage, Facebook), wobei die Digitalisierung weiter an Nutzungsbedeutung gewinnt. Beispielhaft ist neben dem bereits im Jahr 2018 erfolgreich eingeführten digitalen Geldanlageassistenten MeinInvest von der Union Investment nun die neu implementierte „Hybridberatung“, die begleitende Beratung vermögender Privatkunden zur digitalen Finanzportfolioverwaltung „VermögenPlus“, gestartet. Diese digitalen Angebote werden als digitale Geldanlagemöglichkeiten weiter vermarktet.

Besondere vertriebliche Schwerpunkte bilden die Union-Immobilienfonds Kontingentsphasen, welche dazu genutzt werden, die Kunden über alternative Geldanlagemöglichkeiten anzusprechen. Daneben werden weitere Beratungsschwerpunkte, zum Beispiel in der nachhaltigen Geldanlage und Altersvorsorge (Riester sparen), umgesetzt. Die Geldanlageprodukte der BSH und DEVK finden in den Beratungsansätzen ebenfalls als alternative Geldanlageprodukte ihren Platz.

Volkswirtschaft leidet erheblich unter Corona – Negativzinsphase und expansive Geldpolitik dürfte noch andauern

Die Konjunktur wird in eine kräftige Rezession rutschen. Grund für die Notenbank, Leitzinsen im Negativbereich zu belassen und die Geldschleusen weiter zu öffnen.

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge wird 2020 leicht steigen bzw. stagnieren. Zwar werden sich die Erträge aus Eigenanlagen reduzieren und ggf. gänzlich entfallen, jedoch erfolgt eine Teilkompensation durch Gewinnausschüttungen aus der Immobilientochter. Hinsichtlich des geplanten Kredit-

Neugeschäfts bestehen Unsicherheiten aufgrund der Corona-Epidemie. Für 2021 zeichnet sich jedoch ein Rückgang des Zinsüberschusses ab, als Folge der Negativzinsphase.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft kann nicht auf Vorjahreshöhe gehalten werden. Die Vermittlung von Investmentfonds, aber auch das Bauspar- und Versicherungsgeschäft wird stark beeinträchtigt, da Filialen eine Zeit lang im „Passivmodus“ betrieben werden müssen.

Wir erwarten in den nächsten beiden Jahren leicht fallende Personalkosten, die durch Nutzung von Fluktuationen entstehen. Die Sachaufwendungen werden 2020 noch leicht steigen. Im außerordentlichen Ergebnis erwarten wir 2020 Kosten für den Rechenzentrumswechsel in Höhe von 5,6 Mio. EUR.

Insgesamt wird im Jahr 2020 ein Jahresüberschuss nach Steuern deutlich unter Vorjahreshöhe entstehen. Ab voraussichtlich 2021 werden sich Kostensenkungen durch den Rechenzentrumswechsel zur Fiducia & GAD IT AG ergeben.

Risiken

Wesentliche Risiken bestehen im kommenden Jahr bei einer deutlich schlechteren Konjunktorentwicklung als prognostiziert. Insbesondere die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 könnte negative Auswirkungen auf die weltweite gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auf Unternehmen in der Region haben. In Folge dessen ist nicht auszuschließen, dass sich durch Kurskorrekturen an den Wertpapiermärkten auch Ertragseinbußen im Provisionsergebnis Kundengeschäft und bei den laufenden Erträgen im Eigengeschäft ergeben. Außerdem würde eine weitere Verflachung der Zinsstrukturkurve ausgelöst durch zusätzliche geldpolitische Stützungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank geringere Zinseinnahmen aus der Fristentransformation nach sich ziehen.

Hamburg, den 9. April 2020

Der Vorstand

Oliver Pöpplau, Stephan Liesegang, Tino Wildmann

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2019 wahrgenommen. Während des Geschäftsjahres unterrichtete ihn der Vorstand eingehend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank. Darüber hinaus stand die Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. Soweit Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Im Jahr 2019 hat der Aufsichtsrat insgesamt acht Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten Strategie, geschäftliche Entwicklung, Risikosituation und geplante Investitionen. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personalausschuss und einen Bauausschuss (derzeit ruhend) gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufwichtsrates. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch unangemeldete Prüfungen überzeugt. Bei seiner Prüfungstätigkeit ließ sich der Ausschuss auch von der Internen Revision der Bank unterrichten. Der Kreditausschuss hat im erforderlichen Umfang bei der Vergabe von Krediten mitgewirkt und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftserledigung überzeugt. Der Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, hat die nach dem Gesetz notwendigen Prüfungen durchgeführt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung bekannt gegeben. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 stimmt der Aufsichtsrat nach Prüfung ohne Einschränkungen zu. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in seiner Sitzung am 15. Mai 2020 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 festgestellt. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen. Nach den Bestimmungen der Satzung scheiden mit Ablauf der Vertreterversammlung 2020 Frau Michaelsen sowie die Herren Kummerow und Maur aus dem Aufsichtsrat aus. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Hamburg, den 15. Mai 2020

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates
Regina Rusch-Ziemba

AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			33.191.659,66		35.002
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.160.199,06		34.484
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.160.199,06				(34.484)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	34.351.858,72	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			260.307.138,40		34.670
b) andere Forderungen			29.649.196,69	289.956.335,09	29.620
4. Forderungen an Kunden				2.142.014.326,83	2.038.534
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.697.346.700,79				(1.530.332)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		45.631.027,38			120.214
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	45.631.027,38				(120.214)
bb) von anderen Emittenten		357.453.714,50	403.084.741,88		396.878
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	324.784.754,50				(361.844)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	403.084.741,88	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.138.995.364,69	1.092.731
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			17.886.700,52		17.906
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			43.260,00	17.929.960,52	2.554
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000,00				(7)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				511.291,88	511
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				293,54	1
darunter: Treuhandkredite	293,54				(1)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			143.665,54		229
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	143.665,54	-
12. Sachanlagen				12.333.261,81	11.961
13. Sonstige Vermögensgegenstände				2.030.603,85	3.398
14. Rechnungsabgrenzungsposten				315.407,72	358
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
17.				-	-
Summe der Aktiva				4.041.667.112,07	3.819.051

PASSIVSEITE

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			470.284,55		442
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			29.090.282,04	29.560.566,59	26.210
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	907.852.504,04				909.386
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	23.632.813,86	931.485.317,90			22.552
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.783.996.156,53				2.580.593
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.867.249,09	2.786.863.405,62	3.718.348.723,52		4.670
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–		–
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			–	–	–
darunter: Geldmarktpapiere	–				(–)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–				(–)
4. Treuhandverbindlichkeiten				293,54	1
darunter: Treuhandkredite	293,54				(1)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2.974.596,20	2.297
6. Rechnungsabgrenzungsposten				191.338,22	254
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		15.290.716,32			14.297
b) Steuerrückstellungen		2.788.174,88			8
c) andere Rückstellungen		8.785.638,74	26.864.529,94		8.950
8.				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				–	–
10. Genusssrechtskapital				–	–
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–				(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				46.900.000,00	42.000
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–				(–)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital		77.257.582,89			70.838
b) Kapitalrücklage		10.492.859,81			10.493
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	16.573.382,93				16.156
cb) andere Ergebnisrücklagen	108.493.000,00				105.768
cc)		–	125.066.382,93		–
d) Bilanzgewinn			4.010.238,43	216.827.064,06	4.136
Summe der Passiva				4.041.667.112,07	3.819.051

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		4.031.429,93			3.962
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	4.031.429,93	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		215.777.081,30	215.777.081,30		231.387
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–				(–)

Gewinn- und Verlustrechnung 01.01. bis 31.12.2019

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		46.860.122,85			49.368
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.903.023,19	48.763.146,04		2.463
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	264.545,02				(320)
2. Zinsaufwendungen				-3.606.063,84	45.157.082,20
darunter: erhaltene negative Zinsen	676.299,75				(970)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.237.620,91		3.524
b) Beteiligungen und Geschäftguthaben bei Genossenschaften			406.532,04		398
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	4.644.152,95	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			23.835.644,42		23.717
6. Provisionsaufwendungen			-5.070.758,84	18.764.885,58	-6.256
7. Nettoertrag des Handelsbestandes				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				4.021.733,01	5.081
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-21.877.153,44			-22.487
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-5.679.937,15	-27.557.090,59		-5.637
darunter: für Altersversorgung	-1.882.871,09				(-1.864)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-28.867.471,43	-56.424.562,02	-28.943
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.404.405,09	-1.868
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.997.630,66	-2.397
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-566.791,77			(-645)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-1.651
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			4.309.110,87	4.309.110,87	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-564.368,50		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-	-564.368,50	148
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				16.505.998,34	8.003
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-2.164.880,98		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-2.164.880,98	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-5.387.147,30		-3.822
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-43.731,63	-5.430.878,93	-45
a) Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-4.900.000,00	-
25. Jahresüberschuss				4.010.238,43	4.136
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				4.010.238,43	4.136
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				4.010.238,43	4.136
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				4.010.238,43	4.136
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				4.010.238,43	4.136

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 835 eingetragen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert. Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst. Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und un versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Ermittlung der un versteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen und wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und wie Umlaufvermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsenpreis bewertet. Soweit Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung vorgenommen. Die wie Anlagevermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsenpreis bewertet.

Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag bestehende Wertpapierleihegeschäfte wurden unter Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren bilanziert.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen

wurden zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung bzw. Sonderabschreibungen nach dem Steuerrecht wurden beibehalten. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In den Vorjahren wurden Wirtschaftsgüter i.S.v. § 6 Abs. 2a EStG im Jahr der Anschaffung in einem Sammelposten erfasst. Diese noch bestehenden Sammelposten werden über fünf Jahre linear aufgelöst.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag aktiviert.

Latente Steuern

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Sachanlagen und Rücklage nach § 56 Abs. 2 und 3 InvStG, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger Zinsen angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Zins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessener

nem Umfang Rechnung getragen. Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen wurden soweit erforderlich 2 % bzw. die vertraglich garantierte Anpassung von 1 % p.a. angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend für die Rückstellungen aus Altersteilzeit und Vorruhestand wurde ein Gehaltstrend von 2 % angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Oktober 2019 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2019 (2,71%) zugrunde gelegt. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (1,96 %) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2.509.396 EUR. Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 7.209 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 7.136 TEUR. Der Erfüllungsbetrag der verrechnungsfähigen Schulden betrug 9.884 TEUR. Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen in Höhe von 167 TEUR verrechnet.

Die Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen und für Vorruhestand sowie für Altersteilzeitrückstellungen wurden auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens per 31.12.2019 gebildet. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2019 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen

nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft. Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2019 betreffen in voller Höhe Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	6.194.621	1.290	–	a) – b) –	6.195.911	143.666	228.922
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	20.251.214	21.357	–	a) – b) –	20.272.571	5.813.039	5.889.018
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	37.354.539	1.702.272	–	a) 33.201 b) –	39.023.610	6.520.223	6.071.675
a	63.800.374	1.724.919	–	a) 33.201 b) –	65.492.092	12.476.928	12.189.615

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchun- gen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibun- gen Geschäfts- jahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	5.965.699	–	–	–	86.546	–	6.052.245
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	14.362.196	–	–	–	97.336	–	14.459.532
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	31.282.864	–	–	–	1.220.523	–	32.503.387
a	51.610.759	–	–	–	1.404.405	–	53.015.164

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	265.694.971	12.313.087	278.008.058
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	20.460.481	-2.530.520	17.929.961
Anteile an verbundenen Unternehmen	511.292	–	511.292
b	286.666.744	9.782.567	296.449.311
Summe a und b	350.467.118		308.926.239

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 259.576.553 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	34.699	51.345	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	50.997.916	119.181.127	550.448.828	1.405.281.983

In den Forderungen an Kunden sind 16.104.473 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 142.232.937 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen			Forderungen an verbundene Unternehmen		
	Geschäftsjahr	Vorjahr	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr	EUR
	EUR	EUR		EUR	EUR	
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	64.906	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	–	–	–	1.021.917	192.965	–

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	1.018.336.508	1.028.435.000	10.098.492	1.651.439	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Immobilien GmbH, Hamburg	100,00	2019	6.700.920	2019	1.078.746

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-AG, Hannover	0,05	2019	1.379.444.040	2019	42.962.384
b) SUMMACOM GmbH & Co KG (vormals: Sparda-TelefonService GmbH & Co. KG), St. Ingbert	9,82	2018	3.989.481	2018	137.330
c) Immobilien-Gesellschaft „DG Bank-Turm, Frankfurt am Main, Westend“ mbH & Co. KG	0,15	2018	186.391.580	2018	25.231.914
d) Sparda-Consult Gesellschaft für Projekt- und Innovationsmanagement mbH i.L., Nürnberg	4,88	2017	1.073.803	2017	245.363
e) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	6,25	2018	4.682.034	2018	682.034
f) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,42	2019	3.190.325.571	2019	86.437.540

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	403.084.742	386.664.198	16.420.544	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	91.567.910	–	91.567.910	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	430.009	–	430.009	–

Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

In den Sachanlagen sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	5.813.039
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	6.520.223

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Forderungen an Golding Capital Partners	EUR	1.160.000
---	-----	-----------

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 29.558.465 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	1.082.478	247.231	–	27.760.573
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	354.511	75.205	1.478.745	21.724.353
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.746.079	405.308	489.567	226.295

Die Verbindlichkeiten gegenüber der KfW wurden aus Vereinfachungsgründen dem letzten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Verbindlichkeit ggü. Fiducia & GAD IT AG	EUR	714.000
--	-----	---------

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 191.338 EUR (Vorjahr: 230.452 EUR) enthalten.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.258.487	4.767.463

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR	74.781.135
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR	2.015.988
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR	460.460
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	325

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 01.01.2019	16.156.096	105.768.000	10.492.860
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	417.287	2.725.000	–
Stand 31.12.2019	16.573.383	108.493.000	10.492.860

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

1 % Dividende auf Geschäftsguthaben	EUR	724.644,62
Gesetzliche Rücklage	EUR	405.593,81
Andere Ergebnismrücklagen	EUR	2.880.000,00
Insgesamt	EUR	4.010.238,43

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands/Angaben in TEUR:

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	>1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	–	80.000,0	89.000,0	169.000,0	-11.772,6	-1.745,8

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wurde die Marktbewertungsmethode angewandt. Offene Eigenhandelspositionen bestehen nicht.

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden vollständig zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eingesetzt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Liquidität	5.947.118
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	5.825.445

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 264.545 EUR negative Zinsen im Wesentlichen aus Guthaben auf Konten bei der DZ Bank AG und bei der Bundesbank enthalten. In den Zinsaufwendungen sind 676.300 EUR positive Zinsen aus Refinanzierungsgeschäften mit Kreditinstituten sowie aus der Geldaufnahme bei Kommunen und der DZ Bank AG enthalten.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Außerordentliche Aufwendung

Aufwendungen für den Wechsel des Rechenzentrums	EUR	2.164.881
---	-----	-----------

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 215.484 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 617.707 EUR. Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde für die Vorstände Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2019 Pensionsrückstellungen in Höhe von 12.034.818 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	1.050.512
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	556.351

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 5.626 TEUR. Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2019 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	231,75	144,50
Gewerbliche Mitarbeiter	1,00	1,00
	232,75	145,50

Außerdem wurden durchschnittlich 17,50 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2019	230.567	1.321.075	68.695.900
Zugang 2019	4.489	164.664	8.562.528
Abgang 2019	9126	47.634	2.476.968
Ende 2019	225.930	1.438.105	74.781.460

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	6.085.591
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	6.085.560
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	52
Höhe der Haftsumme	EUR	52
Max. je Mitglied	EUR	2.600

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Ute Plambeck	Aufsichtsrat	DB Services GmbH, DB Fahrwegdienste GmbH, DB Engineering & Consulting GmbH
Regina Rusch-Ziemba	Aufsichtsrat	Deutsche Bahn AG, DB Station&Service AG, DB Fahrwegdienste GmbH, DB Engineering & Consulting GmbH, DB Job-Service GmbH, DB Bahnbau Gruppe GmbH
Regina Rusch-Ziemba	Aufsichtsrat	DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG
Regina Rusch-Ziemba	Aufsichtsrat	DEVK Allgemeine Versicherungs-AG
Regina Rusch-Ziemba	Aufsichtsrat	DEVK Pensionsfonds-AG

Mitglieder des Vorstandes

Oliver Pöplau (Vorsitzender), Bankdirektor

Stephan Liesegang (Vertreter des Vorsitzenden), Bankdirektor

Tino Wildmann, Bankdirektor

Mitglieder des Aufsichtsrates

Peter Kuczora (Vorsitzender bis 25.06.2019), Pensionär

Regina Rusch-Ziemba (Vorsitzende ab 25.06.2019), Pensionärin

Udo Kummerow (Vertreter des Vorsitzenden), Pensionär

Ralph Borkowski, Versichertensprecher der DB AG bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS)

Gabriele Maack, Fachreferentin Personalmanagement DB Fernverkehr AG

Frank Maur, Geschäftsstellenleiter Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Hamburg

Birgit Michaelsen, Pensionärin

Ernst-Otto Müller, Betriebsratsvorsitzender DB Cargo AG

Manuela Norbeck, freigestellt stellv. Betriebsratsvorsitzende der DB Fernverkehr AG Hamburg

Ute Plambeck, Vorstand Deutsche Bahn Netz AG

Hamburg, den 17. Februar 2020

Sparda-Bank Hamburg eG

Der Vorstand

Oliver Pöplau, Stephan Liesegang, Tino Wildmann

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

„An die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hamburg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs.

1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsurteile nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.142 Mio. EUR. Dies entspricht 53,0 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten

Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 1.542 Mio. EUR. Dies entspricht 38,2 % der Bilanzsumme. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die zur Bewertung verwendeten Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder

- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 17. April 2020

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer“

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank Hamburg eG
Präsident-Krahn-Straße 16–17
22765 Hamburg
Telefon: 040 550055-1910
www.Sparda-Bank-Hamburg.de

Gesamtkoordination:

Dieter Miloschik, Leiter Unternehmens- und Markenkommunikation,
Sparda-Bank Hamburg eG

Konzeption:

HMC Verlag
Hamburg Media Company GmbH
Beim Strohhouse 27
20097 Hamburg
Telefon: 040 413639-0
www.hmc.de

Redaktion:

Thomas Zander

Grafik:

Melanie Gabriel, Nina Hagen

Fotos: iStock (evgenyatamanenko,
Eva-Katalin, wundervisuals,
RgStudio); David Maupilé (S. 2)

Litho:

Allzeit Media Consult,
Elbberg 6d, 22767 Hamburg

Produktion:

Druckerei Siepmann GmbH,
Ruhrstraße 126, 22761 Hamburg

Anzeige

Dieser Bericht wurde
auf RecyStar®
Polar gedruckt.
100% Altpapier,
ausgezeichnet mit
dem Blauen Engel.



